

Wortprotokoll zu TOP 17

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

84. Sitzung
20. Januar 2021

Beginn: 12.06 Uhr
Schluss: 19.26 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich komme nun zu

Inneres und Sport – 05

Punkt 17 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|--|
| a) | Bericht SenInnDS – I A 14 – vom 21.10.2020
Wahlorganisation
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 23.09.2020) | <u>3141 A</u>
Haupt |
| b) | Vertraulicher Bericht SenInnDS – ZS E 1 – vom
04.11.2020
Personaleinzelsache Abordnung einer
Beamtin zum Rechnungshof
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 23.09.2020)
(a) und b) in der 83. Sitzung am 02.12.2020 zur Sitzung
am 20.01.2021 zurückgestellt) | <u>3141 B</u>
Haupt
Vertrauliche
Beratung |

Ich sagte es bereits: Unter b handelt es sich um einen vertraulichen Bericht. Deswegen möchte ich Sie bitten, dass wir zunächst einmal die öffentlichen Fragen behandeln. Wenn nötig, würde ich danach die Öffentlichkeit ausschließen. – Herr Goiny, bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Ich will gar nicht noch einmal groß in die Diskussion einsteigen. Die haben wir schon beim letzten Mal geführt. Also vielen Dank auch für die Beantwortung

der Fragen. Ich will auch gar nicht im Detail darauf eingehen. Es ist aber verschiedentlich von Seiten des Senats in der letzten Woche noch einmal deutlich gemacht worden, dass wir in Berlin bei diesen Wahlen auch vor besonderen Herausforderungen stehen, weil wir eben Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl an einem Tag haben. Wir haben zusätzlich vermutlich noch im Nachgang hoffentlich Herausforderungen zur Einhaltung von Hygiene- und Schutzvorschriften in Sachen Corona zu bedenken. Das ist keine ganz leichte Aufgabe. Ich möchte noch einmal zu Protokoll geben, dass wir nach wie vor große Zweifel haben, ob das, was jetzt hier an personellen Umorganisationen stattgefunden hat, wirklich am Ende hilfreich ist bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Wahlen. Wir möchten das jetzt gar nicht weiter im Detail kommentieren, aber wir können nur an die betreffenden Verwaltungen und an den Rechnungshof appellieren, wirklich dafür Sorge zu tragen, dass das auch funktioniert. Wir hatten auch beim letzten Mal immer mal wieder organisatorische Probleme, die unterschiedlich begründet waren. Ich will das jetzt gar nicht vertiefen. Ich glaube, die Herausforderungen werden noch einmal größer. Ob die Organisation, wie wir sie jetzt gefunden haben, tatsächlich auf der einen Seite dem Rechnungshof bei der Bewältigung seiner auch nicht weniger werdenden Aufgaben nutzt – das haben wir in der Vergangenheit auch diskutiert – und gleichzeitig aber auch sicherstellt, dass die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden, werden wir sehen. Wir hoffen das, aber Zweifel sind angesichts des Vorgehens durchaus angebracht. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Die rote Nummer 3141 A ist von Oktober letzten Jahres, also schon etwas älter. Sie schreiben auf Seite 2, dass die komplexe Ausgangslage des Wahltermins belastet wird von einem möglicherweise taggleich stattfindenden Berlin-Marathon. Gibt es da schon nähere Erkenntnisse? Wir haben jetzt die aktuelle Pandemiesituation, so wie sie sich für uns hier darstellt. Die Frage ist: Gibt es Planungen, welche Ideen kommen denn hoch, dass man sicherstellt, dass die Wahlen auch tatsächlich vernünftig stattfinden können? Gibt es schon Überlegungen, Planungen? Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt noch einmal Frau Staatssekretärin! Da sehen wir uns noch einmal. Ich begrüße auch die beiden Kollegen aus Ihrer Verwaltung. Ich bitte Sie um die Beantwortung der Fragen.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS): Zunächst möchte ich Ihre Sorge, dass es zu Schwierigkeiten bei der Durchführung der Wahlen kommen könnte, zerstreuen. Natürlich sind sich alle Beteiligten – es handelt sich hier nicht um eine Person, sondern es handelt sich auch um die bezirklichen Wahlämter, die bereits in die Vorbereitungen eingetreten sind – der besonderen Lage bewusst. Natürlich werden im Augenblick die Vorbereitungen in Kenntnis der aktuellen Coronasituation vorbereitet. Das kann man organisieren. Das gilt es auch, in anderen Verwaltungsteilen zu organisieren. Wir müssen feststellen, dass wir natürlich mehr ehrenamtliche Helferinnen und Helfer haben. Das könnte ich gleich als Werbeblock einschieben. Alle Menschen, die Lust haben, bei einer Wahl auszuzählen, können sich bei den bezirklichen Wahlämtern melden und dort als Wahlvorstände oder Wahlhelferinnen bzw. Wahlhelfer registrieren lassen. Das ist ganz wichtig insbesondere bei diesen Wahlen, dass wir eine ausreichende Anzahl an nebenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern haben, weil in der Tat die Durchführung der Bundestags-, Landtags- und der Bezirkswahlen natürlich eine Herausforderung darstellt.

Wir haben die Zeit seit den letzten Wahlen natürlich auch auf andere Art und Weise genutzt. Wir haben das ganze IT-Thema reorganisiert. Wir sind sehr gut vorbereitet auf alles, was an diesem Abend noch geschehen kann. Natürlich sind wir auch dabei, die Option zeitgleich stattfindender Berlin-Marathon mitzudiskutieren. Diese Diskussion ist allerdings nicht neu, weil sich diese Situation zumindest schon einmal theoretisch ergeben hatte. Dort geht es vor allen Dingen immer um die Frage, wie man bei einem zeitgleich stattfindenden Berlin-Marathon den Zutritt zu den Wahllokalen sicherstellen kann. Das wird im Augenblick in den bezirklichen Wahlämtern gemeinsam mit unserer Organisationseinheit vorbereitet. Die Vorbereitungen laufen. Für uns haben die Wahlen eigentlich längst begonnen. Das ist dort alles mitbedacht. Wir müssen im Augenblick noch an Optionen denken, weil wir nicht wissen, wie sich die Coronapandemie weiter fortsetzt. Wir gehen davon aus, dass natürlich der Anteil der Briefwählerinnen und -wähler möglicherweise höher sein könnte und zwar erheblich. Auch das muss man bei der Wahlorganisation, bei der Organisation der Wahllokale für Briefwahlen mit berücksichtigen. Die Fachleute sind dabei, das wirklich fundiert vorzubereiten. Diese Herausforderung nehmen sie an.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Schlüsselburg, bitte!

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Staatssekretärin, Vielen Dank für den Bericht! Ich nutze das hier einmal als Gelegenheit, um eine Nachfrage zu stellen. Ich hatte auch unlängst eine schriftliche Anfrage zu dem Thema gestellt, die auch beantwortet wurde. Ich wollte von Ihnen noch einmal wissen, ob Sie aktuell eine Aussage darüber treffen können, obwohl es eine Problematik wegen der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahlen gibt, ob es sich jetzt abzeichnen könnte, dass aufgrund der Hygienemaßnahmen, die in den Urnen-Wahllokalen sicherlich erforderlich sein werden, gegebenenfalls die Abstimmungszeit über 18.00 Uhr hinaus verlängert werden könnte. Ich meine jetzt nicht den Fall, dass Leute in der Schlange stehen. Das ist in der Antwort der Anfrage auch klargestellt worden, dass diese, solange sie in der Schlange stehen, wenn 18.00 Uhr überschritten ist, natürlich noch ihr Stimmrecht ausüben dürfen. Wir müssen das sicherlich rechtlich, wenn man das machen will, mit der Bundesebene harmonisieren. Es wäre aber natürlich schon gut zu wissen, ob man jetzt Abschätzungen aus dem Kreise der Wahlleitungen in Bund und Land hat, ob es gegebenenfalls erforderlich wird. Wir haben alle ein Interesse daran, trotz der hoffentlich dann schon signifikant höheren Durchimpfungsrate, dass wir erst einmal noch auf Abstand und Hygiene setzen werden. Wir haben durch Corona gelernt, dass sämtliche Entzerrungen, die wir vornehmen, sich erheblich auf das Zeitbudget auswirken. In der Beantwortung auf die Anfrage hatten Sie das noch verneint. Ist der Erkenntnisprozess möglicherweise vorangeschritten, wenn ja, in welche Richtung?

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Staatssekretärin, bitte!

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS): Schönen Dank, Herr Schlüsselburg, für die Frage! Sie haben in Ihre Frage schon berechtigt einfließen lassen, dass wir noch in einem Erkenntnis- und Entscheidungsprozess sind. Genau das ist auch die Antwort, wobei ich Ihnen sagen muss, unter dem Stichwort Hygienebestimmungen am Wahltag selbst denken wir vor allem in die Richtung, dass wir mehr Wahllokale ausweisen, weil dann weniger Menschen in einem Wahllokal zusammentreffen müssen. Dann entzerrt sich die Lage dort am besten. Sie müssen immer bedenken, dass die Menschen, nachdem die Wahllokale schließen, anfangen müssen zu zählen. Ich kann mir vorstellen, dass es für den einen oder die andere engagierte

Wahlhelferin bzw. Wahlhelfer durchaus eine Entscheidungsfrage ist, ob die Perspektive lautet, dort abends um 21.00 Uhr fertig zu sein oder erst nachts um Mitternacht. Solche praktischen Erwägungen muss man bei der Wahlorganisation durchaus in die Überlegungen einbeziehen, erst recht, wenn man mit freiwilligen Menschen arbeitet. Ich will aber an der Stelle einer Entscheidung überhaupt nicht vorgreifen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe noch eine Frage, die meines Erachtens ja auch hier hingehört, weil sie womöglich eine gewisse Haushaltsrelevanz hat. Frau Staatssekretärin! Wir diskutieren gerade in Berlin, aber auch in anderen Teilen der Republik, über bestimmte Änderungen, was wahlgesetzliche Vorschriften angeht. Der Bund ist in Vorlage gegangen, andere Bundesländer auch bzw. sind wie wir dabei. Ich wage einmal die Prognose, dass auch wir versuchen werden, bestimmte Erleichterungen, was Aufstellungsverfahren der Parteien, auch gerade kleine Parteien betrifft, auf gesetzlichem bzw. RVO-Weg herbeizuführen. Mich würde interessieren, mit welchen Mehraufwendungen Sie infolgedessen rechnen. Das meine ich auch im Hinblick auf die Personalsituation. Da schließt sich der Kreis, Frau Klingen. Wie viele Kapazitäten sind da? Ich glaube, in einem sind sich alle einig: Es wird nicht trivialer. Wahlrecht ist nicht trivial. Da ist man in einer Demokratie auch gut beraten, ganz genau hinzuschauen. Wenn man Änderungen herbeiführt, möglichst breit und konsensual, wird man genau schauen müssen, wie man das so operationalisiert, das es das höchste Maß an Verfahrenssicherheit, Rechtssicherheit natürlich auch im Hinblick auf die Entscheidung der Parteien respektive der Wählerinnen und Wähler gibt. Deswegen sind nicht nur die Parteien selbst – das ist unser bzw. Ihr Business – gut beraten zu überlegen, wie sie sich da entsprechend vorbereiten, sondern auch die Landes- bzw. Bezirkswahlämter und dann eben auch eine nach der Geschäftsordnung zuständige Senatsverwaltung, das ist die Innenverwaltung. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Staatssekretärin, bitte!

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS): Ich kann und möchte mich gar nicht in Ihre Entscheidungsfindung als Parlament einmischen, weil Sie die Debatten intensiv untereinander führen, wie ich weiß. Wenn es um die Frage geht, wie Parteien ihre Kandidierenden aufstellen, bedeutet es allerdings für die Bezirkswahlämter und die Landeswahlleitungen keinen Mehraufwand. Bei der Organisation der Wahl ist es egal, auf welchem Weg die Nominierungen der Parteien zustande kommen, wenn sich Ihre Frage darauf bezog. Deshalb gehen wir im Augenblick bei den in Rede stehenden Änderungen, die Sie diskutieren, von denen ich Kenntnis habe, noch nicht von einer erheblichen Ausweitung der Aufgaben für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen durch die Verwaltung und eben die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer aus. Ich würde aber an der Stelle gern vermeiden, dass ich jetzt durch eine Aussage, von der ich nicht genau weiß, was Sie im Hinterkopf hatten, zu einer Irritation beitrage. Das würde ich jetzt ungern machen. Dann müssten Sie sehr konkret fragen, ob es einen Mehraufwand gäbe, wenn dieses oder jenes geändert würde. Insofern bitte ich zu entschuldigen, dass ich da im Ungefähren bleibe.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Ich bitte um Entschuldigung, dass ich die Fragen vielleicht besser dem Kollegen Akmann stellen müsste, das sage ich dazu. – Ich glaube, es ist ganz gut, dass wir darüber reden, denn wir müssen uns klar sein: Da kommt schon noch etwas auf uns zu. Ich weiß auch nicht, was dieses Parlament am Ende entscheidet, wobei es ja in dem Bereich auch durchaus die Möglichkeit gibt, untergesetzlich Regelungen zu treffen. Ich will darauf verweisen, dort, wo Wahlgesetze bereits verändert wurden, wie auf Bundesebene und auch auf Länderebene, kommt den Zuständigen, in diesem Fall Innenverwaltung, eine besondere Aufgabe zu, indem sie entweder in toto auf dem Wege einer Rechtsverordnung oder zumindest teilweise die neuen gesetzlichen Rahmen ausfüllen. Das diskutieren wir gerade. Ich bin Fan davon, das sage ich auch ganz deutlich als selbstbewusster Parlamentarier, möglichst viel im Gesetz zu regeln, aber noch mal, es wird vermutlich in Teilbereichen auf Sie zukommen, dass Sie dort, sage ich mal, Handreichungen machen und eine entsprechende Rechtssicherheit bzw. RVO generieren müssen.

Ich will Ihnen das anhand von zwei, drei Aspekten sagen, und da können sich die bezirklichen und auch das Landeswahlamt auf einiges einstellen. Sollten wir beispielsweise so etwas wie einen Mix aus Brief- und Urnenwahl ermöglichen, entweder zeitgleich zu Aufstellungsveranstaltungen, dann aber dezentral, oder sogar zeitlich versetzt, dann stellen sich natürlich Fragen, was die Sicherheit angeht. Dann ist es nicht die eine Wahlversammlung, dann sind es nicht die drei Urnen im Saal, sondern dann haben Sie mehrere Orte usw. usf. Dann kann ich Ihnen versprechen, da werden die Parteien, da werden die Parteivorsitzenden – tut mir leid, ich war sechs Jahre einer, ich habe mich sechs Jahre mit diesem Thema herumgeschlagen –, als allererstes Sie anrufen. Vielleicht nicht Sie persönlich, aber das Bezirkswahlamt und das Landeswahlamt und sagen: Was müssen wir denn da für Auflagen einhalten? Wie hoch müssen denn die Standards sein? – Denn das Schlimmste für Parteivorsitzende ist, irgendwelche Aufstellungsverfahren zu absolvieren, von denen es am Ende heißt: Das ging aber nicht mit rechten Dingen zu. Ich war bei jeder Wahl beim Landeswahlamt oder bei einzelnen Bezirkswahlämtern und zwar nicht, weil wir Grüne da besonders fuschig unterwegs sind, sondern weil es immer Diskussionen in diesen Gremien gibt und es immer irgendwelche Gravamina gibt und irgendwelche Hinweise, was angeblich bei welchen Parteien auch immer nicht gelaufen ist. Da werden Ihnen die Parteien die Bude einrennen, wenn sie denn Gebrauch machen von diesen Regelungen.

Noch heikler – ich will das nur kurz anreißen – ist die Frage von elektronischen Abstimmungen im Sinne von Vorermittlungen. Da sind wir uns einig, bin ich mir auch mit Ihrem Senator zwischenzeitlich einig. Das geht nur als Vorermittlung, da wird man immer schriftliche Abstimmungsverfahren im Sinne von Schlussabstimmungen brauchen. Aber definieren Sie doch mal elektronische Standards für so eine Vorermittlung. Das, was der Bundesgesetzgeber bisher gemacht hat, das würde auch eine Abstimmung per WhatsApp bzw. im Darknet ermöglichen, nur den Buchstaben des Gesetzes nach. Deswegen hat der Bundesgesetzgeber gesagt: Da muss erst einmal das BMI, muss Herr Seehofer erst einmal eine Rechtsverordnung machen. Das will ich Ihnen gar nicht abverlangen. Ich hoffe, die kommt diese oder nächste Woche. Dann werden wir vielleicht gemeinsam ein bisschen mehr wissen.

Aber – da spreche ich mit der Richtigen, Frau Smentek, mit Ihnen als IT-Staatssekretärin – die Frage von IT-Sicherheit und die Frage, wie man das – geheim geht nicht im IT-Verfahren, zumindest nicht geheim und überprüfbar im grundgesetzlichen Sinne –, wie man die höchstmöglichen Sicherheitsstandards da anlegt, auch das werden Fragen sein, die Ihnen die Partei-

en stellen werden, nicht nur Landesvorsitzende, sondern auch irgendwelche Kreisvorsitzende. Das nicht nur von Parteien, die seit, weiß ich nicht, Beginn der Bundesrepublik geübt sind, oder wie die Grünen zwischenzeitlich ein bisschen Übung darin haben, wie man so etwas macht, sondern auch ganz kleine, ganz neue Parteien usw. usf. Ich sage das hier, denn da müssen wir uns gemeinsam drauf einstellen. Da kommt uns gemeinsam eine große Verantwortung zu, dass wir in der Pandemie Demokratie, was ihre Grundfesten angeht, eben nicht nur irgendwie operationalisieren, sondern das eben auch unter den Rahmenbedingungen, wie es für geheime, freie, gleiche, nachprüfbare usw. usf. Wahlen sich eben auch gehört. Denn ich glaube, auch da sind wir uns einig, das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, wenn auch nur im Ansatz der Verdacht aufkommt, dass da irgendetwas nicht mit rechten Dingen zugeht. Diese Diskussion wie in den USA oder wie sie auch hier manche, glücklicherweise sehr wenige, führen, die sollten wir hier hoffentlich nicht führen müssen. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Ich danke dem Kollegen Wesener für die Ausführungen. Sie waren so grundlegend, dass ich dafür ganz gerne Wortprotokoll beantrage, für diese Ausführungen.

Vorsitzende Franziska Becker: Ein Wortprotokoll ist beantragt.

Frank-Christian Hansel (AfD): Für diesen Punkt!

Vorsitzende Franziska Becker: Für diesen Punkt, klar! – Dann bitte ich Frau Staatssekretärin um die Beantwortung.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS): Ich wollte mit meinen ungefähren Worten nicht den Eindruck erwecken, dass wir die Herausforderung nicht ernst nehmen. Hinter mir sitzt der Referatsleiter der Innenverwaltung, Herr Brumberg, der genau diese Fragestellungen aus der ministeriellen Sicht klären und dafür sorgen muss, dass die Wahlen, unter welchen Bedingungen dann auch immer, tatsächlich rechtssicher ablaufen. Wir sind ja als Innenverwaltung, insofern hätte der Kollege Akmann das Gleiche gesagt wie ich, glücklicherweise von Ihnen auch involviert worden in die Entscheidungsfindung des Parlaments, weil wir alle gemeinsam vor einer besonderen Herausforderung stehen. Insofern können Sie sicher sein, dass in der Innenverwaltung in der zuständigen Abteilung die Voraussetzungen dafür getroffen werden, dass wir nach der Entscheidung, die Sie treffen, dann auch alle Voraussetzungen definieren und auch Auskunft geben können über das, was wir dann gemeinsam vereinbart haben. Das ist völlig klar. Ich wollte nicht den Eindruck erwecken, dass wir das irgendwie auf die leichte Schulter nehmen. Ich sage nur: Wir sind vorbereitet. Wir sind mitten dabei.

Vorsitzende Franziska Becker: Gut. Ich sehe jetzt heute keine weiteren Wortmeldungen. Dann sind die roten Nummern 3141 A und 3141 B zur Kenntnis genommen.